

**Rede
der Landtagspräsidentin**

Dr. Gabriele Andretta, MdL

zu TOP Nr. 7

**Amtsübernahme durch die gewählte Landtagspräsi-
dentin oder den gewählten Landtagspräsidenten und
Rede**

während der Plenarsitzung vom 14.11.2017
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Gäste!

Zunächst möchte ich mich bei unserem Alterspräsidenten, Herrn Schönecke, nicht nur für den gewärmten Sitz, sondern auch für die umsichtige Eröffnung unserer heutigen Sitzung herzlich bedanken.

Da für diese Sitzung die Wahl des übrigen Präsidiums nicht vorgesehen ist, schlage ich Ihnen vor, dass Frau Byl und Herr Raulfs, die sich bereits bestens bewährt haben, bis zur Wahl der weiteren Präsidiumsmitglieder mit mir gemeinsam den vorläufigen Sitzungsvorstand bilden. - Widerspruch sehe ich nicht. Dann verfahren wir so.

Herrn Landesbischof Dr. Meyns und Herrn Bischof Dr. Bode sowie dem Bläserensemble des Gymnasiums Andreanum Hildesheim und dem Freitag-schor der Teilkampfschule Hannover danke ich für die Gestaltung des ökumenischen Gottesdienstes heute Morgen.

Lassen Sie auch mich - ich denke, in unser aller Namen - einen besonderen Gruß an alle Kolleginnen und Kollegen richten, die mit Ablauf der 17. Wahlperiode aus dem Parlament ausgeschieden sind. Ihnen allen möchte ich unseren Dank und Respekt für die geleistete Arbeit zum Wohle des Landes aussprechen. Vielen Dank!

Vor allem möchte ich meinem Vorgänger im Amt des Präsidenten, Bernd Busemann, danken. Es war Ihnen, lieber Bernd Busemann, ein ganz besonderes Anliegen, nicht nur die Rechte und die Würde des Parlaments zu wahren, sondern auch den Blick für die parlamentarische Demokratie zu schärfen. Insbesondere mit der von Ihnen ins Leben gerufenen Veranstaltungsreihe Parlamentsleben ist Ihnen das nachhaltig gelungen.

Für immer mit Ihrer Präsidentschaft sichtbar verbunden bleiben wird der gelungene Umbau unseres Landtages. Als Bauherr haben Sie nicht nur starke Nerven bewiesen, sondern mit emsländischer Hartnäckigkeit - die ich auch kennenlernen

durfte - und bewährter Erfahrung dafür Sorge getragen, dass wir den 18. Niedersächsischen Landtag heute im neuen Plenarsaal konstituieren können. Herzlichen Dank, Bernd Busemann!

Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, danke ich für das Vertrauen, das Sie mir mit der Wahl zur Präsidentin des Niedersächsischen Landtages entgegenbringen. Mir ist die Bedeutung dieses hohen Amtes sehr bewusst, und ich werde alles tun, eine faire, gerechte und unparteiische Präsidentin zu sein.

Mit Ihrer Wahl haben Sie heute zugleich Landesgeschichte geschrieben. Es ist seit Gründung des Landes Niedersachsen vor 71 Jahren das erste Mal, dass der Landtag eine Frau in dieses hohe Amt gewählt hat.

Damit haben Sie ein weiteres Zeichen für die faktische Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der Politik gesetzt.

Sie werden mir zustimmen, dass dies ein guter Anlass ist, an die Vorkämpferinnen für gleiche Rechte von Frauen zu erinnern, an Frauen wie Lida Gustava Heymann und Clara Zetkin, die für das Frauenwahlrecht kämpften, das im November kommenden Jahres 100 Jahre alt wird und den Beginn der ersten Demokratie in Deutschland markiert, an Marie Juchacz, die am 19. Februar 1919 als erste Frau in einem deutschen Parlament das Wort ergriff.

Erinnern möchte ich auch an die Frauen der ersten Stunde dieses Landesparlaments. Stellvertretend für alle nenne ich die Sozialdemokratin Rosa Helfers, die Christdemokratin Ilsa Reinhardt, die Liberale Margarethe Gramberg.

Die politischen Wurzeln einiger der Frauen, die dem ersten gewählten Niedersächsischen Landtag oder seinen Vorgängern, dem ernannten Niedersächsischen Landtag und den ernannten Landtagen von Hannover, Oldenburg und Braunschweig, angehörten, reichten bis in die Weimarer Republik zurück. Einige von ihnen waren für ihre politischen Überzeugungen während der NS-Zeit Verfolgungen und Gefängnisstrafen ausgesetzt. Für alle weiblichen Abgeordneten war

die große soziale Not der Nachkriegszeit ausschlaggebend für ihr politisches Engagement. Sie packten mit an, die Not zu lindern, engagierten sich bei der Integration von Flüchtlingen und Vertriebenen und setzten sich für die Schaffung eines demokratischen Bildungs- und Kulturwesens ein - um nur einige Bereiche zu nennen. Jede dieser Frauen war ein Vorbild, das andere Frauen zu politischem Engagement ermutigt hat.

Waren im ersten gewählten Niedersächsischen Landtag gerade einmal 10 Frauen vertreten, so sind es in der jetzigen Legislaturperiode 37 Abgeordnete - gegenüber 1947 ein Fortschritt, aktuell jedoch ein Rückschritt; denn in diesem 18. Landtag ist der Frauenanteil erstmals wieder gesunken: auf unter 30 Prozent. Gemeinsam sollten wir uns überlegen, welchen Beitrag wir als Parlament leisten können, um in Zukunft mehr Frauen für die Politik zu gewinnen und ihnen Chancen zu geben.

Denn, verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin fest davon überzeugt, dass sich unsere demokratische Gesellschaft nur dann zum Wohle aller weiterentwickeln kann, wenn Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen, gerade auch in der Politik, gleichberechtigt teilhaben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in diesem Parlament sitzen heute viele Abgeordnete - um genau zu sein: 56 -, die zum ersten Mal an einer Plenarsitzung teilnehmen. Ich begrüße Sie als neue Kolleginnen und Kollegen besonders herzlich. Jede und jeder von Ihnen ist von Bürgerinnen und Bürgern Niedersachsens gewählt. Diese erwarten, dass Sie - unabhängig davon, ob Sie zukünftig einer Regierungs- oder Oppositionsfraktion angehören werden - Niedersachsen in seiner sozialen Vielfalt und kulturellen Verschiedenheit - Stadt und Land, Norden und Süden, Jung und Alt - vertreten. Sie alle stehen für unterschiedliche Perspektiven, und es ist der Austausch unterschiedlicher Perspektiven, der für die Gestaltung des gemeinschaftlichen und öffentlichen Raums unverzichtbar ist. Ich wünsche mir, dass daraus neue Impulse und Ideen für die politische Arbeit im Parlament erwachsen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, bei der Eröffnung des neuen Plenarsaals vor wenigen Wochen wurden uns viele gute Wünsche mit auf den Weg gegeben. Unser Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier erinnerte daran, dass Parlamente Orte politischer Kultur seien, diese Kultur aber kein einmal erworbener Verdienst sei, sondern von uns Abgeordneten bewahrt und gelebt werden müsse - mit gegenseitigem Respekt und Kompromissfähigkeit in der Sache, nicht durch politische Feindschaften und gegenseitige Missachtung. Diese Worte sollten wir beherzigen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dies gilt umso mehr, als wir wissen, dass sich die Parlamente nicht gerade auf dem Höhepunkt ihres öffentlichen Ansehens befinden. Das gilt insbesondere für das Ansehen von Politikerinnen und Politikern. Sie gelten in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger als abgehoben, realitätsfern, und in Befragungen rangieren die Werte für das Vertrauen in sie inzwischen - Sie wissen das - auf der Skala ganz unten auf einem Niveau mit Gebrauchtwagenhändlern und Immobilienmaklern.

Eine repräsentative Demokratie ist jedoch darauf angewiesen, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern innerlich anerkannt und getragen wird und dass ein Vertrauensverhältnis zwischen Repräsentanten und Repräsentierten besteht. Vertrauen in die Integrität der Politik und Ehrlichkeit sind das Fundament einer parlamentarischen Demokratie, und wir sollten alles tun, um dieses Fundament zu stärken.

Das bedeutet nicht den Verzicht auf Streit. Streit ist nicht nur erlaubt - der Alterspräsident hat dies ebenfalls betont -, sondern Streit ist im Ringen um die beste Lösung unverzichtbar. Streit ist keine Schwäche der Demokratie, sondern eines ihrer konstitutiven Merkmale, genauso wie die Fähigkeit zum Kompromiss, so mühsam die Suche danach auch immer sein mag; denn für das Ergebnis muss gelten: Nicht das gut Gemeinte, sondern das gut Gemachte ist die Essenz des Politischen.

Das erfordert viel Geduld, es verlangt uns einiges ab. Vielleicht kommt manchen von Ihnen jetzt der bekannte Satz von Max Weber in den Sinn, wonach die Politik

ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich sei. Leidenschaft, Verantwortungsgefühl, Augenmaß - diese drei Qualitäten forderte Weber für Politikerinnen und Politiker, und zwar Leidenschaft als Sachlichkeit - nicht als leere Empörungsrhetorik -, Verantwortungsgefühl als Dienst an der Sache, Augenmaß als Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen.

Max Webers Sprache mag vielleicht einigen heute im Zeitalter von Google, Facebook und Twitter als antiquiert und verstaubt erscheinen. In der Sache aber scheinen mir seine Forderungen, gerade in Zeiten zunehmender Komplexität einer globalisierten Welt, immer noch beherzigenswert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer das als schöne und hehre Worte abtut, übersieht, wie notwendig diese Forderungen für den Umgang mit den Herausforderungen sind, denen sich auch unser Parlament angesichts der öffentlichen Stimmungen nicht entziehen sollte. Auch wenn mit der zuletzt gestiegenen Wahlbeteiligung - wie auch bei dieser Landtagswahl - diejenigen Stimmen, die den unaufhaltsamen Niedergang der repräsentativen Demokratie prophezeien, wieder etwas leiser geworden sind, so stellen wir doch fest, dass viele Bürgerinnen und Bürger ihren Volksvertretern zunehmend mit Skepsis begegnen. Sie glauben nicht daran, dass Politik in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung, in Zeiten beschleunigten Wandels und tiefer Umbrüche noch eine soziale Gesellschaft gestalten kann. Nicht wenige Menschen fühlen sich von diesen Entwicklungen überrannt. Sie haben Sorge und Angst, mit ihrem Wissen, ihrer Qualifikation nicht mehr mithalten zu können. Sie sehen ihre Zukunftschancen schwinden, fürchten, abgehängt zu werden, verspüren Ohnmacht, vielleicht auch Wut - Wut „auf die da oben“, Wut auf Politiker, die zu wenig auf ihre Belange eingehen, wenn man ihnen nicht gleich jede Glaubwürdigkeit abspricht.

Eine nicht geringe Zahl resigniert einfach und zieht sich aus der aktiven Mitgestaltung unseres Gemeinwesens zurück. Viele projizieren ihre Ängste auch auf hier lebende Flüchtlinge und machen sie für Missstände verantwortlich. Andere wen-

den sich ganz von unserer Demokratie und ihren Grundwerten ab und suchen aktiv Orientierung in nationalistischen, völkischen, autoritären oder rechtspopulistischen Parolen. Diese Entwicklung muss uns als Demokraten beunruhigen.

So klar und eindeutig unsere Antwort hier im Parlament gegen jede Form von Fremdenfeindlichkeit und Intoleranz gerichtet sein muss, so dürfen wir nicht ignorieren, dass es angesichts einer sich so rapide wandelnden Welt diesen Orientierungsbedarf gibt. Wir müssen uns fragen, welchen Beitrag wir Abgeordnete leisten können, um das Vertrauen der enttäuschten Bürgerinnen und Bürger zurückzugewinnen.

Appelle helfen da wenig. Wir müssen uns mit den sozialen und politischen Gründen für den Verlust von Vertrauen in die Gestaltungsfähigkeit von Politik, der sich in Abwehr von allem Fremden und Demokratieskepsis äußert, auseinandersetzen. Das ist das eine. Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie uns angesichts der durchaus vorhandenen Probleme nicht vergessen, dass wir großartige Möglichkeiten zur Gestaltung einer sozialen Gesellschaft haben! Noch nie war das Bildungsniveau der nachwachsenden Generation in Niedersachsen so hoch wie gegenwärtig und war die Wissenschafts- und Forschungslandschaft so stark und vielfältig. Die Digitalisierung bietet auch für die Weiterentwicklung von Beschäftigung und Arbeitsmarkt Chancen und nicht nur Gefahren. Ich übersehe dabei nicht, dass diese Möglichkeiten nicht allen zugutekommen und es überall noch zu viel soziale Ungleichheit, Armut und Gefährdungen gibt.

Es ist Aufgabe von Politik, die im Wandel liegenden Chancen so zu gestalten, dass sie allen zugutekommen und der soziale Zusammenhalt gestärkt wird. Es ist ihre Aufgabe, Menschen zu befähigen, ihr Leben in einer globalisierten und digital vernetzten Welt selbstbestimmt in der Gemeinschaft gestalten zu können. Um das hier nicht allzu abstrakt stehen zu lassen: Dazu gehört beispielsweise, eine Pflegestruktur zu schaffen, die es den Menschen ermöglicht, in Würde zu altern und nicht alle Selbstbestimmung zu verlieren. Es gehört dazu, Menschen durch eine gute Bildung und Ausbildung so zu qualifizieren, dass sie für Anforderungen einer Arbeitswelt 4.0 gewappnet sind. Und es gehört dazu, Menschen, die zu uns gekommen sind, weil sie Schutz vor Bürgerkrieg, Gewalt und Verfolgung in ihren

Heimatländern suchen, in unsere Gesellschaft zu integrieren und teilhaben zu lassen.

Nur wenn wir die vielfältigen Unsicherheiten und Fragen der Bürgerinnen und Bürger in unserer Parlamentsarbeit aufgreifen, werden wir das Vertrauen in die soziale Gestaltungskraft der Politik zurückgewinnen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Vertrauen in die Gestaltungskraft der Politik stärkt das Vertrauen in unsere Demokratie. Mir ist es sehr wichtig, insbesondere die junge Generation für die Demokratie zu begeistern.

Hier kommt der Bildung eine wichtige Rolle zu. Es war Oskar Negt, der immer wieder auf die herausragende Rolle von Bildung für die Demokratie hingewiesen hat. Bildung, so sagt er, ist unter unseren Verhältnissen existenziell notwendig, weil Demokratie die einzige gesellschaftliche Ordnung und Staatsform ist, die gelernt werden muss. Dabei geht es nicht um abstraktes Bücherwissen. Es geht um direktes Erfahrungslernen in Erziehung und Bildung. Es geht damit auch darum, für Demokratie zu streiten und gegen unmenschliche Alternativen deutliche Zeichen und starke Bollwerke zu setzen.

Demokratie heißt, Verantwortung zu übernehmen: Verantwortung für unser Gemeinwesen, aber auch Verantwortung vor unserer Geschichte. Vor wenigen Tagen, am 9. November, haben wir der Opfer der Pogromnacht 1938 gedacht. „Ihr seid nicht verantwortlich für das, was geschah. Aber dass es nicht wieder geschieht, dafür schon.“- Mit diesen Worten hat uns der Holocaustüberlebende Max Mannheimer einen Auftrag erteilt, dem wir uns nicht entziehen dürfen.

Das Wissen um die unfassbaren Verbrechen der Vergangenheit ist eine Verpflichtung für alle Demokratinnen und Demokraten - gerade auch für uns Abgeordnete - , unsere Stimme immer und überall gegen jegliche Formen von Ausgrenzung, Rassismus oder Fremdenfeindlichkeit zu erheben. Wo Fremdenfeindlichkeit und Rassismus zunehmen, erodieren die zentralen Prinzipien unserer Demokratie: Der Gleichheitsgrundsatz und der Schutz der Würde des Menschen verlieren ihre universelle Gültigkeit.

Deshalb will auch ich als Landtagspräsidentin einen Beitrag leisten und den Dialog über die Zukunft unseres Zusammenlebens mit allen gesellschaftlichen Gruppen suchen: mit den Kulturschaffenden, den vielen, vielen ehrenamtlich Engagierten, der Wissenschaft, den Glaubensgemeinschaften, den Verbänden, vor allem aber auch mit der jungen Generation. Der jetzt im neuen Glanz erstrahlende Landtag soll ein Haus der offenen Türen sein, ein Ort des Gesprächs und ein Ort der Begegnungen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich freue mich auf die neue Aufgabe und auf die Zusammenarbeit mit Ihnen. Auch ich weiß, dass Große Koalitionen nicht gerade als Glanzzeiten politischer Debattenkultur gelten. Sollte es also in Niedersachsen zu einer Großen Koalition kommen, vertraue ich darauf, dass die Regierungsfraktionen behutsam mit ihrer Mehrheit - und die Minderheitsrechte achtend - umgehen werden. Was ich dazu beitragen kann, will ich gerne tun.

„Vielleicht gibt es schönere Zeiten; aber diese ist die unsere“, hat Jean-Paul Sartre einmal gesagt. Lassen Sie uns diese Zeit gemeinsam nutzen, um für ein weltoffenes, tolerantes und vielfältiges Niedersachsen zu arbeiten: zurückhaltend in den Ankündigungen, ambitioniert in den Zielen und mutig in den Entscheidungen!

Herzlichen Dank.